

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. Rådlichen Behörden in Schneeberg, Röhmiß, Neuhäusel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Vertriebspreis: Preis 1. 20 Pf. (inkl. Post) 20, Schneeberg 10, Schwarzenberg 10, Johanngeorgenstadt 10, Aue 10, Erzgebirge 10.

Einzelgenossen für die am Montag erscheinende Nummer bis zum 1. Juli 1925 in den Bezugsstellen. Eine Woche für die Bezugsstellen der Bezugsstellen am vorbestimmten Tage sowie an bestimmten Tagen nicht gegeben, und nicht für die Rückgabe der durch den Bezugsstellenbesitzer abgegebenen Postkarten. — Für Rückgabe einzelner Bezugsstellen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Bezugsstellenbesitzes begründen keine Ansprüche. Bei Jahresvertrag und Abnahme gelten Postkarte als nicht verbindlich. Bezugsstellen in Aue, Schneeberg, Johanngeorgenstadt und Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Der Preis für die 24 mm breite Colonat-Druckmaschine im Einzelheft 15, monatlich 25, für die 30 mm breite Colonat-Druckmaschine 20, monatlich 30, für die 30 mm breite Colonat-Druckmaschine 25, monatlich 35 Goldmark. Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 10200. Einzelheft-Adresse: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Nr. 160.

Sonntag, den 12. Juli 1925.

78. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Tischlers Paul Walter Enderlein in Röhmiß wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Amtsgericht Röhmiß, den 3. Juli 1925.

Die Geschäftsaufsicht über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Otto Fischer in Röhmiß ist aufgehoben worden, da der Schuldner den hierzu erforderlichen Antrag gemäß § 66 der Versch. A. V. gestellt hat.

Schwarzenberg, am 8. Juli 1925.

Das Amtsgericht.

Mittwoch, den 15. Juli 1925, vorm. 11 Uhr, sollen in Schwarzenberg mehrere Posten Haus- und Röhmengeräte, 1 Schreibmaschine, 1 Schreibtisch, 1 Korbgarnitur u. a. m. öffentlich meistbietend versteigert werden. Sammelort der Bieter: Restaurant Terrasse.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Montag, den 13. Juli 1925, vorm. 11 Uhr, sollen in Schwarzenberg 1 Posten Papier und 1 Schreibmaschine öffentlich meistbietend versteigert werden. Sammelort der Bieter: Schützenhaus.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Dienstag, den 14. Juli 1925, vorm. 11 Uhr, soll in Rauter 1 Posten Tabak und 1 Posten Zigaretten öffentlich meistbietend versteigert werden. Sammelort der Bieter: Restaurant Bahnhofstraße.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Steuern Aue.

Fällig sind folgende Steuern:
Grundsteuer, 2. Termin, fällig am 15. Juli 1925,
Hundsteuer, 2. Termin, fällig am 15. Juli 1925,
Zugtiersteuer, 1. Termin, fällig am 1. Juli 1925.

Die Hundsteuer ist durch Beschluß der Stadträte auf 40 Mark für den ersten Hund jährlich erhöht worden. Diese Erhöhung tritt mit Wirkung vom 2. Termin in Kraft. Der am 15. Juli zu bezahlende Termin beträgt also nicht mehr 7,50 Mark, sondern 10 Mark.

Für den 2. Hund ist die Steuer von 60 auf 80 Mark jährlich vom gleichen Zeitpunkt an erhöht worden.

Weiter machen wir immer wieder darauf aufmerksam, daß alle Hunde mit einer gültigen Steuerkarte versehen sein müssen. Unbesetzte Hunde ohne Karte frei umher, so werden sie eingezogen und der Besitzer wird bestraft.

Aue, 9. Juli 1925.

Der Rat der St. — Steueramt. —

Schwarzenberg. Schulzimmerbenutzung betr.

Mit Rücksicht auf die während der Sommerferien vom 13. Juli bis 15. August d. J. vorzunehmenden Ausbesserungs- und Reinigungsarbeiten bleiben sämtliche Schulräume einschl. der Realschulturnhalle für die Benutzung durch Vereine gesperrt.

Schwarzenberg, am 10. Juli 1925. Der Rat der St.

Ruhholzversteigerung. Staatsforstrevier Sosa.

Montag, den 20. Juli 1925, von mittags 12 Uhr an, im Gasthaus zum „Ruhenthal“ in Aue:
54 fl. Stämme 20—22 cm, 47 fl. Stämme 23—29 cm, 4100 fl. Röhme 7—15 cm, 2450 fl. Röhme 16—22 cm, 1277 fl. Röhme 23—29 cm, 321 fl. Röhme 30/35 cm, 4 cm fl. Röhmschelte, 12,5 cm fl. Röhmschnitzel.

Brennholz- und Reisigversteigerung.
Sonntag, den 13. Juli 1925, von nachmittags 4 Uhr an in Besten's Gasthof in Sosa:
117 rm fl. Brennholz, 100,5 rm fl. Brennholz, 8 rm Jochen, 64 rm Heide und 235 rm fl. Brennholz.

Die Holz sind aufbereitet in den Abt. 28, 138 und 142 (Rohschälte) und in Abt. 1 bis 63, 137 bis 161 (Einzelhölzer).

Zur Brennholzversteigerung sind Händler zugelassen.

Forstamt Sosa. Forstasse Schwarzenberg.

Streiflichter.

Die Leute, welche die Revolution von 1918 machten und welche nach ihr die Macht hatten, haben es verstanden, ihre Taten in einen dichten Schleier einzuhüllen. Die Öffentlichkeit war durch die sich überwälzenden innen- und außenpolitischen Ereignisse erblindet und gern geneigt, einen dicken Strich unter die traurige Vergangenheit zu ziehen. Heute, wo Reich, Länder, Gemeinden und Private in schwerster wirtschaftlicher Notlage sich befinden, wo der Kampf um Steuern und Zölle die Reste der Wirtschaft erschüttern, ist es lehrreich, sich daran zu erinnern, in welcher unverantwortlichen Weise man in der Revolutionszeit mit dem Volksvermögen umgegangen ist. In einer umfangreichen Denkschrift, die soeben dem Reichstage zugegangen ist, läßt der Rechnungshof des Deutschen Reichs den Schleier der Vergangenheit und versucht, in die dunklen Vorgänge, deren Umfang und Art das Volk bisher nur ahnte, Licht zu tragen. Billige Klarheit wird wohl niemals in diese Dinge zu bringen sein, da, wie aus der Denkschrift hervorgeht, bezeichnenderweise wichtige Akten und Belege „verlorengegangen“ und zerstreut sind und Auskünfte verweigert werden.

Es soll hier nur auf einiges eingegangen werden, was der Rechnungshof über das Reichsverwertungsamt und die Reichstreuhand-A. G. ausgeführt. Zur Verwertung der bei der Demobilisierung verfügbar gewordenen enormen Heeres-, Marine- und sonstigen reichseligen Güter war am 18. Oktober 1918 das behördlich organisierte, später dem Reichsfinanzministerium eingegliederte Reichsverwertungsamt gegründet worden. Dieses hatte es nicht vermocht, das Chaos, das in den Lagern und Magazinen von Heeresgut herrschte — hervorgerufen durch die in der letzten Kriegszeit eingetretene Unordnung in den Blüchern der militärischen Dienststellen, vermehrt durch die ordnungslose Ablieferung des Materials der aufgelösten Truppen und Formationen und die Vagabundagen der Revolution —, zu beseitigen. Mit dem 1. April 1920 trat dann die Reichstreuhandgesellschaft A. G. mit einem Kapital von 20 Mill. Mark ins Leben. Auch sie hat sich außerstande gesehen, den ersten Erfordernissen eines kaufmännisch gestalteten Betriebes — Aufstellung der Inventur zur Eröffnungsbilanz — nachzukommen. Gerade das Fehlen einer Inventur hat sich in der Folgezeit als außerordentlich verderblich erwiesen, da hierdurch Unterschleife und Verschleudungen in weitestgehendem Maße ermöglicht wurden, ohne daß es bei der Prüfung bemerkt werden konnte. Die Gesellschaft verlor den Ueberblick über die in Rechnung gestellten Waren und überließ sie in vielen Fällen, den Käusern Rechnungen über ausgelieferte Posten zuzustellen. Welche schweren Folgen diese mangelhafte Geschäftsführung gehabt hat, ist daran zu erkennen, daß z. B. einer Gesellschaft, die mit Kaufpreisen nicht rechtzeitig belastet war, 5 Mill. Mark im Jahre 1920 von ihren geleisteten Anzahlungen unrichtiglicherweise wieder herausgezahlt wurden, ohne daß ihre rechtzeitige Wiedererziehung erfolgt ist, und daß Ende 1923 hunderte Debitoren infolge Entwertung ausgebucht worden sind, die ehemals recht erhebliche Summen darstellten. Bei den großen Verkäufen, die mit Unterwertungsversteigerungen und Konzernen getätigt wurden, ist es zu großen Benachteiligungen der Reichskasse gekommen. In einem Falle wurden im November 1919 mehrere Warenlager an einen Konzern zum Preise von 20 Mill. Mark verkauft, die von diesem durch

einen Schiebervertrag sogleich für 31 Mill. Mark weiterveräußert wurden. Nachdem der Hauptbeteiligte ins Ausland emigriert war, ist mit den übrigen Beteiligten vom Reichsfinanzministerium ein Vergleich (!) abgeschlossen worden, wonach sie 1 1/2 Mill. Mark als Abfindung an das Reich bezahlten und damit einschließlich des Geflüchteten jeder weiteren Verfolgung entgingen. Ferner waren zahlreiche Verwertungsverträge mit Gesellschaften ohne Zeitbeschränkung und Konjunkturenklausel abgeschlossen. Sie ermöglichten es den Warenabnehmern, bei der steigenden Marktentwertung große Werte gegen ein geringes Entgelt in ihren Besitz zu bringen und mit großen Gewinnen weiterzuveräußern. Neben den Konzernen sind zahlreiche andere Firmen in ganz auffälliger Weise bei großen Verkäufen berücksichtigt worden, wobei es sich zum Teil um Firmen und Gründungen oft recht zweifelhafter Art gehandelt hat. Andererseits hat es zahlreiche solche Firmen gegeben, die mit der Reichstreuhandgesellschaft nicht ins Geschäft kommen konnten. Als im Laufe des Jahres 1922 die Verwertungsstätigkeit infolge Verringerung der Bestände und damit die Verdienstmöglichkeit abnahm, suchte die Gesellschaft nach neuen Wirtschaftsbereichen und glaubte solche mit Hilfe einer Gruppe von Firmen, die Beziehungen nach Rußland (Persien) besitzen sollte, zu finden. Dieser Gruppe wurden dann Ende Dezember 1922 6 Millionen Mark Aktien der Gesellschaft zum Preise von 79 500 000 Papiermark — rund 150 000 RM. — verkauft. Die im Jahre 1923 weiter abnehmende Verwertungsstätigkeit und die steigende Inflation verringerten die Erlöse derart, daß die Gesellschaft bereits im Juli zur Deckung ihrer laufenden Betriebsausgaben Zuschuß beantragen mußte. Der Finanzminister bewilligte daraufhin am 28. September 1923 einen Betriebszuschuß von 550 Millionen — 14 438 Goldmark —, der aus den zu erwartenden Erlösen für Schiffverkäufe gedeckt werden sollte. Er wurde am 10. Oktober 1923 mit einem Werte von 193 RM. getilgt.

Das ist so ein kleiner Auschnitt. Im ganzen werden wohl viele Milliarden auf diese Weise dem deutschen Volke verlorengegangen sein. Auf diesem Boden gedeihen die Geschäfte der Barmer, Michael, Kutsker und vieler kleinerer Schieber. Die Herren, die schließlich die Verantwortung für den Saustall tragen, halten heute im Reichstage große Reden und jähren über die Auspoierung des Volkes. Und in der breiten Masse gibt es immer noch Leute, die mit offenen Mäulern und Ohren diesen Heuchlern zuhören. Man kann sich denken, daß die Schuldigen an der Verschleuderung des Volksvermögens großes Interesse daran haben, möglichst bald wieder zur Macht zu kommen. Die große Verwertungsmaschine würde dann wieder in Gang gebracht werden. Diese Nebenwirkung eines etwaigen Sturzes der heutigen Reichsregierung sollten alle diejenigen nicht außeracht lassen, die sich das Gefühl für die Notwendigkeit der Reinheit der Reichsverwaltung bewahrt haben. Eine Entzweiung der Regierungsparteien, an der die jetzige Opposition mit aller Macht arbeitet, würde wieder zu Zuständen führen, die unter einer bürgerlichen Regierung einfach unmöglich sind.

In das Kapitel der Vertuschung und Verschleierung gehören auch folgende Tatsachen: Am 1. Juli ist der ehemalige Reichskanzler und Reichsfinanzminister Bauer, der nebenbei zum großen Teil die Verantwortung für das eben erwähnte Panama der Reichstreuhand-A. G. trägt, wieder

als Genosse in seine Partei aufgenommen worden. Und am gleichen Tage hat die preußische Regierung des Sozialisten Braun den Staatsanwalt Kufmann, der die Untersuchung in der Barmataffäre führte, kaltgestellt. Schon lang konnte man es in der sozialistischen Presse lesen, daß die Barmatangeklagten Kinder seien, und daß statt ihrer der böse Staatsanwalt auf die Anklagebank gehöre. Ob man viele Gläubige für diese Umdrehung der Tatsachen gefunden hat, entgeht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls gibt es leider noch genug Leute, die kritisch die Schwindereien ihrer Parteipresse in sich aufnehmen.

Was den wieder zu Gnaden angenommenen Bauer anlangt, so hatte der Bezirksvorstand der Berliner Parteiorganisation am 10. Februar 1925 folgenden Beschluß gefaßt:

„Der engere Bezirksvorstand ist der Ueberzeugung, daß das Verhalten des Genossen Bauer gegenüber der Partei einen so schweren Vertrauensbruch darstellt, daß seine Ausschließung gegeben ist. Er hält deshalb die weitere Zugehörigkeit des Genossen Gustav Bauer zur Partei für unmöglich.“

Zuvor hatte der Prüfungsausschuß der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und des Landtages einstimmig beschlossen, daß Genosse Bauer sein Reichstagsmandat sofort niederzulegen habe. Dazu schrieb der „Vorwärts“: „In dem Augenblicke, in dem es klar wurde, daß sich Bauer nicht geradeaus zur Wahrheit bekannte, wurde seine Position unhaltbar und die Konsequenzen wurden sofort gezogen.“

Und die „Rote Fahne“, die gewiß in solchen Dingen Bescheid weiß, gab dem ehemaligen Kanzler folgenden Stammbuchvers mit in die Verbannung:

„Bauer ist für seine politischen Dienste gegenüber dem Barmat-Konzern regelrecht — und zwar nicht schlecht — bezahlt worden, trotzdem spielte er sich vor der Arbeiterklasse als „Klassenkämpfer“ auf... Dieses Subjekt hat sein Einverständnis natürlich nicht aus freien Stücken gemacht. Lediglich die Furcht vor dem Zuchthaus hat ihn bewogen, in letzter Minute seine politische Substanz einzugehen. Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß ist er bei seiner letzten Vernehmung um den Meineid knapp herumgekommen. Nach der Veröffentlichung des Briefes konnte es dieser Barke bei einer neuerlichen Aussage nicht riskieren, die Angaben des Briefes zu leugnen. Das hätte ihm einen Meineid und damit Zuchthaus gefolgt. Was nützt aber dem „Arbeiterführer“ Bauer ein Viertelmillionskonto bei der Mercantbank, wenn er als meineidiger Verbrecher im Zuchthaus sitzt? Deshalb hat dieser politische Strolch rechtzeitig eingelenkt.“

Also derselbe Bauer ist von seiner Partei rehabilitiert worden. Gründe dafür werden nicht angegeben. Da ist es kein Wunder, wenn der Schluß gezogen wird, daß man Bauer nicht opferte, weil man sonst die ganze Führerelike der Partei hätte opfern müssen, denn ein gekönter Bauer hätte schließlich ganz gehörig ausgepaßt. Da haben denn die Herren Weis, die oberste Spitze der Partei, und Heilmann, der noch immer der Führer der preußischen sozialistischen Landtagsfraktion ist, das kleinere Uebel vorgezogen und Hrn. Bauer wieder in Gnaden aufgenommen. Ob bei den Parteigenossen das Gefühl dafür vorhanden ist, wie schändlich sie eigentlich wieder einmal an der Nase herumgeführt worden sind?

Der Barmatfilm hat unterdessen eine neue Sensation gebracht, die weitere Vernehmung des Genossen Richter, der bis vor kurzem Polizeipräsident von Berlin war. Im „Sozialanzeiger“ wird darüber von preußischer parlamentarischer Seite folgende liebliche Schilderung gegeben